

6431 Schwyz, Postfach 1260

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBF
Abteilung Bildungszusammenarbeit
Einsteinstrasse 2
3003 Bern



Schwyz, 13. Oktober 2015

Vernehmlassung zum Bildungszusammenarbeitsgesetz (BiZG)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 25. Juni dieses Jahres haben Sie zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz mit Frist bis 15. Oktober 2015 die Vernehmlassung eröffnet und die Kantonsregierungen zu einer Stellungnahme eingeladen. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr, zur erwähnten Vorlage wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Grundsätzlich stimmen wir mit den im erläuternden Bericht enthaltenen Darlegungen zur verfassungsmässigen Abstützung, zum Stellenwert und zur Ausrichtung der Bildungszusammenarbeit von Bund und Kantonen überein. Es geht um die gemeinsame Sorge für eine hohe Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes Schweiz, in geteilter Verantwortung und mit je spezifischen Zuständigkeiten am Bildungssystem. Dieses gemeinsame Sorgen muss in geeigneter Weise instrumentiert werden. Unseres Erachtens hat sich die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen im Sinne der Bildungsverfassung von 2006 gut eingespielt und funktioniert pragmatisch. Wir sehen daher keinen Bedarf, neue Zuständigkeiten zu begründen oder weitergehende Regelungen zu schaffen.
2. Das BiZG ersetzt verschiedene Rechtsgrundlagen, die bisher die Zusammenarbeit und Mitfinanzierung des Bundes begründet haben, namentlich das jeweils auf vier Jahre befristete Bildungssteuerungsgesetz. Entscheidend für die Beurteilung des neu vorgeschlagenen Gesetzes aus Sicht der Kantone ist, dass die eingeübte Zusammenarbeit von Bund und Kantonen in den Bereichen Bildungsmonitoring / Bildungsberichterstattung sowie Qualitätsentwicklung / Qualitätssicherung unkompliziert und partnerschaftlich weitergehen kann und dass die Bundesbeiträge an die entsprechenden Vorhaben (Monitoring und Bildungsbericht; PISA) und Institutionen (SKBF; educa; SDBB; WBZ CPS; IFES) auf sicherer Rechtsgrundlage verlässlich ausgerichtet werden. Bei der Mitbeteiligung des Bundes an den Arbeiten im Sinne von Art. 61a BV kann es nicht bloss um

Projektbeiträge gehen, um welche punktuell und wiederkehrend nachgesucht werden muss. Die Führung eines kohärenten Bildungssystems und die Sicherung seiner Qualität erfordern vielmehr kontinuierliche und auch strukturelle Massnahmen, an deren Finanzierung sich der Bund auf gesamtschweizerischer Koordinationsebene beteiligt.

3. Bisher war stets die Rede davon, der Bund benötige im vorliegenden Zusammenhang eine gesetzliche Grundlage, worin sämtliche Vorhaben und Institutionen, welche Bundesbeiträge erhalten sollen, im Einzelnen explizit benannt würden. Aus diesem Grund konnte beispielsweise das Institut für externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) bislang beim Bund lediglich Projektmittel beantragen, weil das bisherige, jeweils befristete Bildungssteuergesetz im Zuge der letzten BFI-Botschaft nicht geändert werden wollte und für eine Unterstützung von IFES offenbar keine andere, explizite bundesgesetzliche Grundlage bestand. Nun überrascht und verunsichert es, dass kurzfristig die Argumentation in grundsätzlicher Weise geändert und ein neuer Gesetzesentwurf vorgelegt wird, der – im Unterschied zum bisherigen Gesetz und zu den in guter Partnerschaft bisher diskutierten Entwürfen für ein neues BiZG – überhaupt keine Vorhaben und Institutionen mehr nennt, sondern sich nur mehr einzig darauf beschränkt, eine Zusammenarbeitsvereinbarung vorzusehen. Natürlich kann der Feststellung im erläuternden Bericht, dass sich die Festlegung konkreter Vorhaben im Gesetz nicht eigne für eine unbefristete, der laufenden Dynamik Rechnung tragende Rechtsgrundlage gefolgt werden – nur wurde bisher stets genau gegenteilig argumentiert. Wenn es nun doch auch anders geht, ist dagegen nichts einzuwenden; allerdings erwarten wir auf jeden Fall eine verlässliche Partnerschaft auch in der Finanzierung und gehen davon aus, dass die in Vernehmlassung gegebene Gesetzesvariante nach Treu und Glauben alle fraglichen, seit langem bekannten Vorhaben und Institutionen abdecken wird.
4. Die konkreten Ausführungen zum Finanzbedarf und die dabei genannten Beträge sind aus unserer Sicht korrekt. Teilweise nicht nachvollziehbar sind einzig die Ausführungen zur WBZ CPS auf Seite 15 des Berichts; ist doch beabsichtigt und zu erwarten, dass hierzu im Rahmen des von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gemäss ihrem Tätigkeitsprogramm 2015–2019 gestarteten Projekts eine gemeinsame Klärung erfolgen wird. Wenn der Bericht bei den Rahmenbedingungen für eine finanzielle Beteiligung des Bundes betont, dass letzterer stets maximal die Hälfte der Kosten übernehme, dann verstehen wir dieses Limit unter Berücksichtigung des Aufwandes, der den Kantonen unter Umständen im Zusammenhang mit bestimmten Massnahmen (z.B. bei externen Schulevaluationen oder bei Lehrerinnen-/Lehrerweiterbildungen) je zusätzlich anfällt.
5. Was die übrigen „Grundsätze über die Organisation der Zusammenarbeit“ und jene „über das Führen gemeinsamer Institutionen“ betrifft soll es auf keinen Fall zu einer Beschwerde oder Komplizierung der bisher geübten, pragmatischen Zusammenarbeit kommen. Wir betonen das an dieser Stelle, weil wir die prozeduralen Konsequenzen dieser neu vorgesehenen Zusammenarbeitsvereinbarung (in der Zuständigkeit des Bundesrates) nicht abschätzen können.

Zusammenfassend halten wir fest, dass aus unserer Warte die koordinierte Umsetzung der Bildungsverfassung von 2006 einen guten Stand erreicht hat. Der Bildungsbereich ist hinsichtlich horizontaler wie vertikaler Zusammenarbeit sehr gut aufgestellt, die Instrumentierung der gemeinsamen Sorge um Qualität und Durchlässigkeit des Bildungsraumes im Sinne von Art. 61a BV ist fürs Erste gelungen. Das BiZG sollte sich ohne Weiteres in den Dienst an der Kontinuität dieser positiven Entwicklung stellen. Falls mit der vorgeschlagenen neuen Form des Gesetzes dieser Zielsetzung entsprochen werden kann und will, ist aus unserer Sicht nichts dagegen einzuwenden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Andreas Barraud, Landammann

M. E. Brun

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber



Kopie:

- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.